

# Digitalisierung als Werkzeug der Demokratie

IDEENENTWURF EINER APP

JANNIK REBMANN

## MOTIVATION

Das Schlagwort „Politikverdrossenheit“ prägt viele aktuelle politische Diskussionen.<sup>1</sup> Zunehmend werden die Auswirkungen dieses Massenphänomens bemängelt und bieten Bewegungen wie z.B. dem Rechtspopulismus neuen Zündstoff. Viele politische Diskussionen und Debatten scheinen die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zu erreichen, und die meisten der daraus resultierenden Entscheidungen sind für viele Menschen nicht mehr nachvollziehbar. Diese negative Wahrnehmung führt zu Misstrauen, Resignation und dem Gefühl, keinen Einfluss auf die Gestaltung und Entwicklung der Gesellschaft zu haben. Dass dieses Phänomen in Deutschland akut zutage tritt, belegt eine Umfrage der Tagesschau, bei der 51% der Bürgerinnen und Bürger ihre Unzufriedenheit mit der praktizierten Demokratie in Deutschland äußerten.<sup>2</sup> Diese Entwicklung ist alarmierend und unterstreicht die Notwendigkeit, praktische Lösungen zu entwickeln, die den Menschen das Gefühl der Mitgestaltung und Teilhabe an unserer Demokratie zurückgibt. Denn immerhin halten 77% der Deutschen die Demokratie für die beste Staatsform.<sup>3</sup>

Es ist kein Geheimnis, dass die Demokratie eine sehr träge Staatsform ist, welcher es schwerfällt, mit der zunehmenden Schnelllebigkeit der globalisierten Welt Schritt zu halten. Das lässt die Demokratie oft umständlich und bürokratisch aussehen, schützt uns jedoch auch vor Machtmissbrauch – eine Notwendigkeit, welche uns unsere Geschichte gelehrt hat. So ist es eine der größten und stetigen Herausforderungen der Demokratie, die Menschen zu erreichen und für die politischen Themen zu sensibilisieren. Dafür sind ein transparenter Informationsfluss und eine ungefilterte Aufklärung über aktuelle politische Debatten unerlässlich. Zudem gewinnt das Grundprinzip der Transparenz in einer repräsentativen Demokratie an zusätzlicher Bedeutung, da ein gewählter Stellvertreter die Interessen einer Gruppe von Bürgern vertritt und der Einfluss des Einzelnen sehr beschränkt ist. Das kollektive politische Interesse kann nur mithilfe einer vertrauenswürdigen Informationspolitik erhalten werden. Aus diesem Grund muss es jedem Bürger, welcher sich für die Arbeit und die Vorgänge der Politik interessiert, möglich sein, sich unabhängig von der Aufbereitung durch die Presse zu informieren. Dazu gehört zum einen die verständliche und vollständige Aufbereitung von Informationen, zum anderen eine standardisierte Art und Weise diese Informationen abzurufen. Ersteres senkt die Hürde, sich mit der Informationsflut auseinanderzusetzen, letzteres sorgt dafür, dass der Aufwand der Recherche zumutbar bleibt. Erst unter diesen Voraussetzungen können sich die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig und stetig mit den aktuellen politischen Themen auseinandersetzen und sich als Teil des demokratischen Prozesses verstehen.

Es ist an der Zeit, einen modernen Ansatz unserer *Demokratie* zu leben. Die Digitalisierung stellt nützliche Mittel bereit, um der ansteigenden Komplexität von Zusammenhängen und der damit steigende Schwierigkeit, die Menschen zu informieren, zu begegnen. Politik ist nichts, was parallel zu unserem Leben existieren sollte – sie sollte Teil unseres digitalen Alltags sein.

## AKTUELLE SITUATION

Sowohl das Demokratieprinzip als auch das Rechtsstaatsprinzip sind im Grundgesetz verankert und verpflichtet den Staat zu Transparenz im Gesetzgebungsprozess. Aus diesem Grund werden alle parlamentarischen Vorgänge dokumentiert und veröffentlicht. Die konkrete Ausgestaltung der Informationspflichterfüllung ist allerdings nicht standardisiert und den einzelnen Länderparlamenten und dem Bundestag überlassen.

---

<sup>1</sup> <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/61504/politikverdrossenheit?p=all>

<sup>2</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/meldung91230.html>

<sup>3</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/6261/umfrage/demokratie-beste-staatsform/>

Die Presseabteilung des Bundestags ist ein gutes Beispiel dafür, dass grundsätzlich alle relevanten Informationen zur Verfügung stehen. Die Rubrik „heute im Bundestag“<sup>4</sup> beinhaltet einen übersichtlichen Newsticker, mit dem alle Themen und Entscheidungen veröffentlicht werden. Allerdings erfordert die Verknüpfung dieser Themen und Beschlüsse einer weiteren Aufarbeitung und macht es dem durchschnittlich interessierten Bürger schwer, sich gezielt über bestimmte Themen zu informieren. Zudem ergibt sich das politische Gesamtbild nicht alleine aus der Arbeit eines einzelnen Parlaments, sondern der Arbeit vieler Parlamente. So übernehmen Bundestag, Landtag und Kommunen unterschiedliche Aufgaben und haben unterschiedlich Kompetenzen. Erst die Zusammenführung von Informationen aus allen Parlamenten bildet das politische Geschehen vollständig ab.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Obwohl Bundestag, Landtag und auch Kommunen viele Informationen veröffentlichen (z.B. das Dokumentations- und Informationssystem des deutschen Bundestags<sup>5</sup>), ist der Aufwand diese hohe Informationsflut (z.B. Drucksachen des deutschen Bundestags<sup>6</sup>) zu bewältigen, für einen durchschnittlich beschäftigten Bürger nicht zumutbar. Zusätzlich werden diese Informationen meist in Form juristischer Texte veröffentlicht, was nur ausgewählten Experten erlaubt, diese Gesetzesentwürfe zu verstehen und in Relation zueinander zu stellen. Andererseits ist unrealistisch anzunehmen, dass jeder Bürger über alle Themen gleich gut informiert sein kann und will. Ziel muss es sein, dem Bürger die Informationen so aufzubereiten, dass er sie gezielt finden kann.

Weil die Hürde sehr hoch ist, sich gezielt mit politischen Themen auseinanderzusetzen, bezieht der Großteil der Bevölkerung seine Informationen aus der Presse, Internetforen, Newsletter und Blogs<sup>7</sup>. Diese Informationsquellen sind nicht entkoppelt von wirtschaftlichem Interessen oder dem Anspruch, eine möglichst hohe Leserschaft anzusprechen. Das führt zu einer Auswahl von „Trendthemen“ und resultiert nicht selten in Debatten, welche der gesamtpolitischen Lage nicht gerecht werden und auf Basis von unvollständigen oder falschen Fakten geführt werden.

## KONZEPT

Es gibt standardisierte Prozesse in der Politik, die die politischen Entscheidungen legitimieren und die Akzeptanz und Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürger sicherstellt. Es gibt z.B. einen klar definierten Prozess, wie ein Gesetzgebungsverfahren auszusehen hat:

*Initiative → Gesetzesentwurf → 1. Lesung → Ausschuss → 2. Lesung (→ 3. Lesung) → Abstimmung im Bundestag → Behandlung im Bundesrat → Inkrafttreten<sup>8</sup>*

Dieser Prozess muss für jedes neue Gesetz und spätere Änderungen durchlaufen werden und bietet genug Einstiegspunkte für Kritik, Bedenken und Änderungsvorschläge. Aus diesem Grund ist es sinnvoll und notwendig, die Bürgerinnen und Bürger lückenfrei über diesen Prozess zu informieren. Die Akzeptanz der politischen Entscheidungen erfolgt auf Basis der Offenlegung der einzelnen Gesetzgebungsprozessschritte.

Diese Grundidee kann dank moderner technischer Möglichkeiten realisiert werden. Die Digitalisierung stellt neue Möglichkeiten bereit, große Datenmengen aufzubereiten, zu filtern und darzustellen. Es stehen Mittel und Wege zur Verfügung den Menschen an allen politischen Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Dieser Ideenentwurf greift die Grundidee der parlamentarischen Demokratie auf

---

<sup>4</sup> <https://www.bundestag.de/hib>

<sup>5</sup> <https://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt>

<sup>6</sup> <https://www.bundestag.de/drs>

<sup>7</sup> [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-05849-4\\_3/fulltext.html](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-05849-4_3/fulltext.html)

<sup>8</sup> [https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/gesetzgebung\\_neu/gesetzgebung/weg/255468](https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/gesetzgebung_neu/gesetzgebung/weg/255468)

und stellt jedem Bürger die nötigen Informationen bereit, sich als potentiellen Abgeordneten mit politischen Themen zu beschäftigen.

## UMSETZUNG

Konkret würde das Konzept mithilfe einer App umgesetzt werden. Das zentrale Feature der App liegt in der Zusammenführung von Informationen der verschiedenen Parlamente. So können beispielsweise Gesetzgebungsprozesse aus Kommunen, Landtagen und des Bundestag in derselben App, im selben Format verfolgt werden. Auf diese Weise können einheitliche Such- und Filteroptionen über die Gesetzgebungsverfahren aller Parlamente definiert werden, wobei die Herkunft des Gesetzesentwurfs für den Benutzer transparent bleiben kann. Um die App möglichst einfach und strukturiert zu halten, untergliedert sich der Grundaufbau der App in die zwei Teilbereiche, *Informationsbereich* und *Interaktionsbereich*.

Der *Informationsbereich* implementiert eine technische Plattform, die zur einheitlichen und standardisierten Darstellung von Gesetzgebungsprozessen dient. Zeitlich verlaufende Prozesse können übersichtlich und greifbar in Form eines Zeitstrahls abgebildet werden und erlauben die gezielte und kontextbezogene Bereitstellung von Informationen. Um die hohe Informationsflut zu bewältigen, können in der App personalisierte Einstellungen vorgenommen werden. So kann beispielsweise der Wahlkreis des Benutzers als Filterkriterium dienen, um ausschließlich die Gesetzgebungsprozesse der eigenen Kommune und des eigenen Landtag anzuzeigen. Eine zusätzliche Vorfilterung der Themen kann über die personalisierbare Auswahl von Rechts- und Themengebieten vorgenommen werden. Anhand dieser beiden Filterkriterien lässt sich der Informationsumfang erheblich reduzieren und beschränkt die Daten auf die für den Benutzer relevanten Informationen. Weiterführend können dem Benutzer benutzerdefinierte Ansichten zur Verfügung gestellt werden, welche unterschiedlichen Aspekte des Gesetzgebungsprozesses herausheben.

Der *Interaktionsbereich* der App ermöglicht dem Benutzer die Teilnahme an parlamentarischen Entscheidungen in Form von Stimmungsbildern. Jeder Gesetzgebungsprozess erfordert eine Abstimmung im Parlament, wobei die Abgeordneten stellvertretend ihre Stimme für den betroffenen Gesetzesentwurf abgeben. In genau dieser Phase soll es dem Benutzer ermöglicht werden, seine eigene Stimme abzugeben. Diese soll zwar keinen direkten Einfluss auf den Parlamententscheid haben, kann aber als Feedbackfunktion für die Abgeordneten fungieren. Auf diese Weise kann früher Aufklärungsbedarf und Diskussionspotential erkannt werden und setzt die Schwelle zur öffentlichen Debatte herab. Ziel dieses Features ist zum einen das Gefühl der persönlichen Einflussnahme des einzelnen zu stärken und zum anderen die Erstellung von individuellen Benutzerstatistiken zu ermöglichen. So können beispielsweise dem Wähler die Abstimmungsübereinstimmungen mit Parteien und Abgeordneten darstellen werden. Dieses Feature wäre mit dem Wahl O' Mat zu vergleichen, welcher für die Bundestagswahl 2017 von 13,1 Millionen Wählern (entspricht ca. 21% der Wahlberechtigten 2017<sup>9</sup>) verwendet wurde.<sup>10</sup> Der große Unterschied zwischen der App und dem Wahl O' Mat wäre allerdings die Tatsache, dass die aktive Verwendung der App auch während der Legislaturperiode möglich wäre und nicht nur während des Wahlkampfes.

Abschließend muss erwähnt werden, dass die App kein Diskussionsforum für die Benutzer bieten soll. Um die Neutralität der App sicherzustellen, dürfen ausschließlich dokumentierte Fakten veröffentlicht werden. Denkbar wäre allerdings jeder Partei ein zeichenbeschränktes Statement zu erlauben, mit dem sie eine kurze Stellungnahme zu dem Gesetz abgeben können.

---

<sup>9</sup> [https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/01\\_17\\_wahlberechtigte.html](https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/01_17_wahlberechtigte.html)

<sup>10</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/btw17/wahl-o-mat-ergebnis-101.html>

## INTEGRATION

Die App darf nicht als Konkurrenz zur öffentlichen Presse verstanden werden. Aufgabe der App ist es lediglich Informationen sachlich, ohne Wertung und aus erster Hand bereitzustellen. Dagegen ist die Aufgabe der Presse sich darüber hinaus als „vierte Gewalt des Staates“ kritisch mit politischen Themen auseinanderzusetzen und über spezielle Aspekte zu informieren.

Aufgrund der Unabhängigkeit von Parteien und Regierung, sollte die Demokratie-App von einer unabhängigen staatlichen Institution bereitgestellt werden. Wichtig ist zudem, die Bürgerinnen und Bürger über die neue App aufzuklären. Als kurzfristiger Ansatz wäre eine Werbekampagne in den öffentlichen Programmen denkbar. Diese würde diejenigen Menschen erreichen, welche sich sowieso mit den aktuellen politischen Themen auseinandersetzen und die App als praktische Ergänzung verstehen. Der längerfristige Ansatz könnte die Einbeziehung der staatlichen Schulen und Bildungsinstitutionen sein. Aufgrund des Hauptaugenmerks der App auf Übersichtlichkeit und vereinfachter Darstellung, würde sich die App hervorragend für den Einsatz im Unterricht eignen. Mit ihrer Hilfe können die Grundideen und die Prozesse der Demokratie veranschaulicht werden und eignet sich somit perfekt als Lernmittel. Dieser frühe Kontakt mit praktischer Demokratie, vermittelt den Kindern und Jugendlichen von früh auf einen modernen Eindruck unserer Staatsform und das Selbstverständnis, sich als handlungsfähiger Teil des Staates zu begreifen.

## FAZIT

Die Erhaltung der Akzeptanz ist eines der zentralen Themen der Demokratie. Es ist ein stetig laufender Prozess, welcher sich immer an die Möglichkeiten und Herausforderungen der Moderne anpassen muss. Wir beschreiten nun das Zeitalter der Digitalisierung und sehen uns vor der neuen Herausforderung, die Menschen trotz der steigenden Informationsflut zu erreichen und sie vor falschen Informationen aus sozialen Netzwerken (sogenannte „Fake News“) zu schützen. Das erfordert eine Plattform, mit der sich die Bürgerinnen und Bürger unabhängig und unverfälscht informieren können. Mithilfe einer App kann die Demokratie in die Wohnzimmer der Bürgerinnen und Bürger gebracht werden und damit die Integration von Politik in das alltägliche Leben erheblich erleichtern. Das Hauptziel der App ist es, die Hürde zur politischen Auseinandersetzung weitmöglich herabzusetzen.

Dieser Ideenentwurf stellt einen Lösungsansatz vor, welcher die Akzeptanz und das Verständnis der Demokratie erhöhen soll. Die Demokratie muss eine Staatsform bleiben, welche die Menschen an der Gestaltung unserer Zukunft teilhaben lässt und dazu animiert. Nur unter diesen Voraussetzungen und einer transparenten und nachvollziehbaren Informationspolitik kann die Stabilität und die Zukunftsfähigkeit unsere Demokratie sichergestellt werden.